

Mai 2001

P R E S S E E R K L Ä R U N G

Übergabe der Unterschriften zum Appell an Thierse und Diepgen für das Holocaust-Denkmal der Sinti und Roma

Mit einer Delegation von Holocaust-Überlebenden und Vorständen aus Landesverbänden übergibt der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma heute in Berlin 4156 Unterschriften zu dem "Internationalen Appell für die Errichtung des Holocaust-Denkmalts beim Reichstag für die ermordeten Sinti und Roma". Am heutigen Jahrestag der ersten familienweisen Deportationen deutscher Sinti und Roma im Mai 1940 in Konzentrationslager im besetzten Polen überreicht die Delegation die Unterschriften an Ute Vogt, Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestags, und Berlins Bürgermeister Klaus Böger, die den Bundestagspräsidenten und Regierenden Bürgermeister vertreten. Von den Unterzeichnern sind 2124 deutsche Sinti und Roma aus dem Bundesgebiet. 622 Unterschriften stammen von Berliner Bürgern.

Mit den Namen von 160 Erstunterzeichnern, darunter Simon Wiesenthal, Paul Spiegel, Dieter Schulte, Senta Berger, Horst Buchholz, Hannelore Elsner, Günter Grass, Siegfried Lenz, Klaus Kinkel, Renate Künast, Christoph Böhr und Altkanzler Helmut Schmidt veröffentlichte der Zentralrat den Appell anlässlich des Auschwitz-Gedenktages am 2. August 2000 in zwei Zeitungen. Hinzu kamen jetzt 53 weitere Persönlichkeiten wie die Schriftstellerin Christa Wolf, Jürgen Fliege, Claudia Roth und vier weitere Bundestagsabgeordnete, 15 Landtagsabgeordnete und SPD-Fraktionsvorsitzender Ulrich Maurer, der Europaparlamentarier Hans Modrow, die Karlsruher Regierungspräsidentin Gerlinde Hämmerle (CDU), Bremerhavens Oberbürgermeister Jörg Schulz und Vorsitzende Jüdischer Gemeinden und Institutionen.

Aufgrund einer Übereinkunft mit Diepgen und dem Berliner Senat beauftragte Stadtentwicklungssenator Peter Strieder den Künstler Dani Karavan in Paris mit der Schaffung eines Modells, das Karavan Ende dieses Monats an Strieder übergibt. Danach soll das Modell mit den Beteiligten bei dem Senat, der Bundesregierung, dem Bundestag und dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma erörtert und dann auch der Presse präsentiert werden. Die Unterzeichner des Appells erwarten, dass das Land Berlin das Grundstück zwischen Reichstag und Brandenburger Tor für das Holocaust-Denkmal zur Verfügung stellt. Sie verlangen weiter, dass der Bundestag mit einem Beschluss dem von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor einem Jahr zugesagten Bau des Denkmals zustimmt. Abgeordnete der CDU, GRÜNEN, FDP und PDS befürworteten bereits eine fraktionsübergreifende EntschlieÙung des Bundestags.

Am 22. Mai 1940 deportierten die Nationalsozialisten erstmals ganze Familien, 2800 Sinti und Roma aus Kiel/Hamburg/Bremen und Rheinland und Württemberg/Baden/Pfalz, mit drei Reichsbahnzügen in KZs im besetzten Polen. Auf Befehl Himmlers erprobten SS und Gestapo damit die geplanten Massendeportationen aller 500 000 Juden und 40 000 "Zigeuner" aus dem "Reich". Aufgrund Himmlers "Auschwitz-Erlass" vom 16. Dezember 1942 deportierte die SS fast 23 000 Sinti und Roma familienweise aus elf Ländern Europas, darunter die restlichen 10 000 aus Deutschland, in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau und ermordete dort die letzten 3000, Kinder, ihre Mütter und alte Menschen, am 2. August 1944 in den Gaskammern. Insgesamt wurden 500 000 Sinti und Roma in Europa Opfer des Holocaust.